

Rückmeldungen Erstanhörung zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Geh- und Radwegbrücke Gneisenaustraße
in Heidelberg, Stand: 16.02.2018

Nr.		Stellungnahme	Stellungnahme VHT
1.	Abwasserzweckverband Heidelberg 15.01.2018	<u>Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 13.12.2017 zum oben aufgeführten Aktenzeichen ist nachfolgende Stellungnahme zu berücksichtigen:</u>	
		Im Bereich der Fuß- und Radwegbrücke verläuft öffentliche Kanalisation. Diese ist in die Planung zu übernehmen und frühzeitig mit der Fachabteilung AZV4 abzustimmen.	Schüßler-Plan: Der in dem Planauszug dargestellte Sammelkanal ist in der Planung berücksichtigt. Die Entwurfsplanung zum Vorhaben wurde dem AZV am 23. Dezember 2016 zur Verfügung gestellt. Die Aufnahme der erforderlichen Abflussmengen wurde seitens des AZV bestätigt (E-Mail von Hr. Saar vom 7. Dezember 2016).
		Bepflanzungen im Bereich der Kanalisation dürfen nur mit Schutzmaßnahmen erfolgen. Es muss sichergestellt sein, dass hierdurch keine Schäden am Kanal entstehen.	VHT: Weitere Abstimmung wird zugesagt. K&K: Die i. R. d. Maßnahme „Mobilitätsnetz Heidelberg – Hauptbahnhof Nord und Kurfürstenanlage West“ geplanten Baumplantungen sind nicht Gegenstand des vorliegenden PF-Verfahrens. Ihre Darstellung erfolgt lediglich nachrichtlich.
		Im Planungsbereich befindet sich ein bestehender Schachteinstiege. Dieser ist so freizuhalten, dass auch zukünftig ungehindert Wartungs- bzw. Reinigungsarbeiten durchgeführt werden können.	Schüßler-Plan: Das Schachtbauwerk Nr. 76740121 östlich des Bolzplatzes ist planerisch berücksichtigt. Hieran schließt die Entwässerung der Brücke und des Bolzplatzes an.
		Aus Sicht der Planungsabteilung AZV5 bestehen keine Einwände. In Anlage fügen wir dieser E-Mail einen Planauszug als PDF-File zur Erläuterung bei.	VHT: Kenntnisnahme

2.	Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V. Landesverband Baden-Württemberg	Keine Stellungnahme erfolgt	—
3.	Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit Rhein-Neckar e.V., Mannheim 22.12.2017	<p>Heute ging postalisch bei der AG Barrierefreiheit in Mannheim ein Schreiben zum Planfeststellungsverfahren seitens des Regierungspräsidiums ein (siehe Betreff).</p> <p>Da wir uns aus Ressourcengründen auf geplante Projekte im Raum Mannheim beschränken müssen, habe ich Kontakt mit den Heidelberger Kollegen aufgenommen.</p> <p>Ich werde heute die uns zugegangenen Unterlagen inklusive der mitgelieferten CD an Herrn Henri Rippl vom "AK Barrierefrei" in Heidelberg übergeben. Eine Stellungnahme wird dann nach dortiger Abstimmung aus Heidelberg erfolgen.</p> <p>Ich habe Herrn Rippl in Kopie gesetzt.</p>	—
	Arbeitskreis Barrierefreies Heidelberg 27.12.2017	<p>Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, daß die Unterlagen für o. g. Vorhaben an eine falsche Adresse gesendet wurden. Die AG Barrierefreiheit Rhein Neckar e.V. bearbeitet NUR Maßnahmen im Stadtgebiet Mannheims.</p> <p>Für Maßnahmen in Heidelberg wenden Sie sich bitte ausschließlich an den Vorstand des Beirats von Menschen mit Behinderungen ODER die kommunale Behindertenbeauftragte der Stadt Heidelberg. Alternativ können Sie sich auch mit mir in Verbindung setzen.</p> <p>Ich bitte künftig dringend darauf zu achten, weil durch Fehlleitungen der mögliche Bearbeitungszeitraum verkürzt wird!</p>	—

4.	Badischer Blinden- und Sehbehindertenverein 16.01.2016 (Schreibfehler) 16.01.2018	Den geplanten Bau einer Geh- und Radwegbrücke Gneisenaustraße in Heidelberg über die Gleisanlagen (DB, RNV) begrüßen wir grundsätzlich. Hierdurch werden auch für blinde und sehbehinderte Fußgänger die Wegebeziehungen in Nord-Süd-Richtung zwischen „HD-Bergheim“ und der „Bahnstadt“ erheblich verbessert und vereinfacht.	VHT: Kenntnisnahme
		Erfreulich ist, dass Radverkehr und Fußverkehr auf der neuen Brücke sauber getrennt werden. Die hierfür vorgesehene taktile Trennung ist vorzugsweise mit 3x 9 cm Kleinpflaster auszuführen. Ansonsten bitten wir um Bemusterung zusammen mit der Stadt Heidelberg. Ebenso wichtig ist, dass der Kontrast zwischen Geh- und Radweg gemäß DIN 32975 ausgeführt wird. Die Trennung muss bis auf den Gehweg Gneisenaustraße fortgeführt werden, damit Rad- und Fußverkehr durchgängig getrennt werden.	VHT: Kenntnisnahme Schüßler-Plan: Die taktile Trennung wird bis auf die anschließenden Gehwege fortgeführt. Die Bemusterung des taktilen Trennstreifens und die Farbgebung/ Kontrastherstellung von Geh- und Radweg entsprechend DIN 32975 wird in der Ausschreibung vorgesehen.
		Auf den Gehwegen und am Brückenende sind Auffindestreifen gemäß DIN 32984 herzustellen, damit eine barrierefreie Wegebeziehung auch für blinde und sehbehinderte Menschen gegeben ist.	Schüßler-Plan: Die vorstehend beschriebene taktile Trennung wird an ihren jeweiligen Enden auf den angrenzenden Geh- und Radwegen durch Auffindestreifen ergänzt.
		Die sichere Querung der Tiefgaragenzufahrt am Brückenabgang ist mit akustischer Lichtsignalanlage und Bodenindikatoren auszustatten. Im uns vorgelegten Planmaterial sind weder Bodenindikatoren noch die komplette Führung des taktilen Trennstreifens eingezeichnet. Wir fordern das Regierungspräsidium Karlsruhe auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Pläne vor	AfV: Der genannte Bereich befindet sich außerhalb des Planfeststellungsbereiches. Die Stadt Heidelberg sichert dem BBSV jedoch zu, dass der lichtsignalisierte Knotenpunkt Eppelheimer Straße / Da-Vinci-Straße, wie in Heidelberg standardmäßig und üblich, mit akustischen und taktilen Leitelementen ausgestattet wird. Die Planung wird vor Ausführung mit dem Beirat von Menschen

		<p>gekrümmten, kurzen Fuß- und Radweg aus, welcher im rechten Winkel an den straßenbegleitenden gemischten Fuß- und Radweg der Gneisenaustraße anschließt. Hierzu bringt der BBSV folgenden Verbesserungsvorschlag vor:</p> <p>a) Der Trennstreifen ist bis zur Gneisenaustraße fortzuführen.</p> <p>b) In Verlängerung des Gehweges ist auf dem straßenbegleitenden Fuß- und Radweg ein DIN-gerechter Auffindstreifen zu ergänzen</p> <p>c) Analog soll auch auf den neuen Zugang zur RNV-Haltestelle 'Gneisenaustraße Süd' durch einen Auffindstreifen auf dem bestehenden Gehweg hingewiesen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das AfV prüft die Umsetzbarkeit der vorgenannten Vorschläge und gibt den Teilnehmern Rückmeldung. • Im Übrigen findet die vorgestellte Planung die Zustimmung des BBSV. 	<p>VHT: Siehe oben</p> <p>VHT: Siehe oben</p> <p>Schüßler-Plan: Der Zugang zur Haltestelle „Gneisenaustraße Süd“ wird durch einen Auffindstreifen im Bereich des Geh- und Radweges kenntlich gemacht.</p> <p>VHT: Siehe oben</p> <p>VHT: Kenntnisnahme</p>
5.	Berufsfeuerwehr Heidelberg 09.01.2018	Bei plan- und beschreibungsgemäßer Ausführung des Bauvorhabens sind von Seiten der Berufsfeuerwehr Heidelberg, Abteilung Vorbeugender Brandschutz keine brandschutz-technischen Forderungen zu stellen.	VHT: Kenntnisnahme
6.	Blinden- und Sehbehindertenverband Württemberg e.V. 09.01.2018	<p>Vielen Dank für die übersandten Unterlagen.</p> <p>Nach Rücksprache mit Herrn Dr. Wolff, Badischer Blinden- und Sehbehindertenverein V.m.K. (BBSV), Augartenstr. 55, Mannheim,</p>	VHT: Siehe oben, Ziffer 4.

		<p>wird der Vorgang zuständigkeitshalber dort bearbeitet.</p> <p>Ich gehe davon aus, dass Sie die Unterlagen ebenfalls an den BBSV versandt haben. Sollte dies nicht der Fall sein, bitte ich Sie, dieses zu veranlassen.</p>	
7.	Bundesverband für fachgerechten Natur- und Artenschutz	Keine Stellungnahme erfolgt	—
8.	Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH - Betriebsverwaltung Süd Pipelineinspektor 05.01.2018	<p>Zuständigkeitshalber haben wir Ihre Anfrage an folgende Dienststelle zur Beantwortung abgegeben:</p> <p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I3 TÖB Fontainengraben 200 53123 Bonn. BAIUDBwToeB@bundeswehr.org</p>	VHT: Siehe sogleich
		Info: Die in unserem Zuständigkeitsbereich befindlichen Produktenfernleitungen der NATO und der Bundeswehr sind vom Vorhaben nicht betroffen.	VHT: Kenntnisnahme
	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr – Referat Infra I 3 22.12.2017 09.02.2018	<p><u>Stellungnahme vom 22.12.2017:</u> Gegen die im Betreff angegebene Maßnahme bestehen bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, bis zu einer maximalen Bauhöhe von 30,00 m über Grund, keine Bedenken. Die Belange der Bundeswehr sind berührt, aber bei Einhaltung der geplanten Bauhöhen nicht beeinträchtigt.</p>	VHT: Der VHT hat das Bundesamt darauf hingewiesen, dass der Pylon eine Höhe von ca. 37 Meter über Grund erreicht. Siehe sogleich.
		Im weiteren Verfahren ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr weiterhin zu beteiligen.	—

		<u>Stellungnahme vom 09.02.2018:</u> Die abgegebene Stellungnahme der Bundeswehr vom 02.05.2017 ergänze ich wie folgt: Bei der im Betreff angegebenen Maßnahme bestehen, bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, bis zu einer maximalen Bauhöhe von 37,50 m über Grund, keine Bedenken. Im weiteren Verfahren ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr weiterhin zu beteiligen.	VHT: Kenntnisnahme —
9.	Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz/Baurechtsamt (vorbeugender Brandschutz) 27.12.2017	Zuständigkeitshalber Unterlagen vom Bau-rechtsamt (vorbeugender Brandschutz) an RPK zurückgesandt.	—
10.	Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis Wasserrechtsamt	Keine Stellungnahme erfolgt	—
11.	RP Karlsruhe Referat 52 - Gewässer und Boden – 30.01.2018	Anlagen: Digitaler Planungsordner Schreiben der Abteilung 5 vom 21.12.2011 (genannt) Aus dem beigelegten Schreiben der Abteilung 5 vom 21.12.2011 geht hervor, dass im vorliegenden Fall vom Referat 52 Gewässer und Boden keine Stellungnahme zum Vorhaben abgegeben wird. Die fachliche Stellungnahme ist von der Unteren wasser-, Altlasten- und Bodenschutzbehörde abzugeben.	—
12.	Stadt Mannheim - Untere Wasserbehörde – 26.01.2018	Wir nehmen zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung: Untere Wasserbehörde	—

		Das Vorhaben wird in der Schutzzone IIIB des Wasserschutzgebietes Mannheim-Rheinau geplant.	
		Wir gehen davon aus, dass diesbezüglich der Betreiber der öffentlichen Wassergewinnungsanlagen zu dem Verfahren ebenfalls gehört wurde.	K&K: Die MVV Energie AG wurde mit Schreiben des RPK vom 13. März 2017 angehört und mit Schreiben vom 8. Januar 2018 nachgehört. Seitens der MVV Energie AG wurden keine Einwände erhoben.
		Im Prüfkatalog Screening / U09-2 wird die Erheblichkeit möglicher Auswirkungen zwar eingestuft mit einer „relativ hohe Wahrscheinlichkeit“. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird aber als nicht notwendig beschrieben.	—
		Es wurde festgeschrieben, dass die untere Wasserbehörde zu den Bohrarbeiten im Vorfeld zu hören ist.	—
		Der Eingriff durch die Maßnahme kann minimiert werden durch die Wiederherstellung der Bodenfunktionen im Bereich beanspruchter Baustellennebenflächen durch Tiefenlockerung (M1) und ordnungsgemäßem Umgang mit Abwasser und wassergefährdender Stoffe.	—
		Auch im hydrogeologischen Gutachten von IBES GmbH vom 13.06.2017 soll das Einbringen der Pfähle bei fachgerechtem Arbeiten keine schädlichen Auswirkungen auf die Grundwasserhöhen, Fließgeschwindigkeiten und Fließrichtungen zur Folge haben. Es soll eine baubegleitende geotechnische Überwachung des Projektes erfolgen, was wir auch wegen der vorhandenen Kontaminierung des obersten Grundwasserleiters für erforderlich halten.	—

		Der Antrag zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach der Rechtsverordnung der Stadt Mannheim als untere Wasserbehörde zugunsten Trinkwasserversorgers MVV Energie AG zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Mannheim-Rheinau“, früher „Rheinau“, vom 07.01.2014, muss uns noch von Seiten der unteren Wasserbehörde der Stadt Heidelberg zugehen, die selbst derzeit keinen Antrag vorliegen haben.	K&K: Zuständig für die Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung sowie der Befreiung von der WSG-VO „Mannheim-Rheinau“ ist vorliegend gem. § 19 Abs. 1 WHG, § 84 Abs. 1 WG das RPK, Ref. 24 (siehe auch § 10 Abs. 5 S. 3 WSG-VO). Die Entscheidung bedarf des Einvernehmens der zuständigen Wasserbehörde (§ 19 Abs. 3 WHG, § 84 Abs. 2 WG).
13.	TransnetBW GmbH 23.01.2018	Wir haben die Planfeststellungsunterlagen erhalten und mit unsrer Leitungsdokumentation abgeglichen. Im geplanten Geltungsbereich betreibt und plant die TransnetBW GmbH keine Höchstspannungsleitung. Daher haben wir keine Bedenken und Anmerkungen vorzubringen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist daher nicht notwendig. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.	VHT: Kenntnisnahme
14.	Unfallversicherung Bund und Bahn Körperschaft des öffentlichen Rechts 25.01.2018	Vielen Dank für Ihre Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme und die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Planungsunterlagen zu o. g. Maßnahme. Aus der Sicht des zuständigen Unfallversicherungsträgers für die Deutsche Bahn AG und den daraus ausgegliederten Unternehmen haben wir zu dem Vorhaben keine Bedenken oder Anregungen und	VHT: Kenntnisnahme

		verzichten daher auf die weitere Beteiligung am Verfahren.	
--	--	---	--